

Kommuniqué der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Sofia¹

14. Oktober 1983

Am 13. und 14. Oktober 1983 fand in Sofia eine ordentliche Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand statt.

[. . .]

Ausgehend von den Einschätzungen und Schlußfolgerungen, die in der Politischen Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 5. Januar 1983 in Prag und in der von den höchsten Repräsentanten der Parteien und Staaten der sieben sozialistischen Staaten auf dem Treffen in Moskau angenommenen Gemeinsamen Erklärung vom 28. Juni 1983 getroffen wurden, erörterten die Minister Fragen der weiteren Entwicklung der Lage in Europa im Zusammenhang mit dem Verlauf der internationalen Ereignisse insgesamt.

1.

Die Teilnehmer der Tagung stellten fest, daß diese Ereignisse vollauf die Einschätzungen und Schlußfolgerungen bestätigen, die in den Dokumenten der Gipfeltreffen von Prag und Moskau getroffen wurden. Sie äußerten sich im Namen ihrer Staaten beunruhigt und besorgt darüber, daß sich die Lage noch gefährlicher zugespitzt hat.

Es werden neue Schritte zur Anheizung des Wettrüstens unternommen, die die Gefahr einer nuklearen Katastrophe vergrößern. Wie in der Moskauer Gemeinsamen Erklärung festgestellt wurde, verhehlen die USA und einige ihrer Verbündeten es selbst nicht, daß ihre Handlungen darauf gerichtet sind, die militärische Überlegenheit zu erlangen. Noch mehr verhärtet sich die imperialistische Politik der Stärke und des Diktats, der Festigung und der Neuaufteilung von „Einflusssphären“, der direkten Anwendung militärischer Gewalt gegen Staaten und Völker. Bestehende militärische Konflikte werden geschürt, neue Spannungsherde geschaffen. Aktionen werden unternommen, die die politische Konfrontation weiter verschärfen sollen. Es gibt verstärkte Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Es festigen sich die Positionen des militärisch-industriellen Komplexes, der reaktionärsten militaristischen Kräfte. Die Kriegspsychose wird angeheizt.

Erklärungen werden abgegeben, die darauf abzielen, die territorialen und politischen

¹ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, *Die Organisation des Warschauer Vertrages. Dokumente und Materialien, 1955-1985* (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1985), S. 299-305.

Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung in Frage zu stellen. Vereinbarungen zu aktuellen internationalen Fragen und der Entwicklung gleichberechtigter, von diskriminierenden Restriktionen freier Wirtschaftsbeziehungen werden neue Hindernisse in den Weg gelegt. Die Kluft in der ökonomischen Entwicklung, der Staaten wird tiefer; die ökonomische Lage der Entwicklungsländer verschlechtert sich.

Zugleich betonten die Teilnehmer der Tagung, daß der Kampf der Völker und aller fortschrittlichen, friedliebenden Kräfte gegen, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges, für die Beendigung des Wettrüstens, die Entwicklung aller Staaten in Frieden und Sicherheit und für die konsequente Einhaltung der zwischenstaatlichen Verträge und Abkommen, die die friedliche Entwicklung der Lage in Europa und in der Welt bestimmen, immer größere Ausmaße annimmt.

Es wird gefordert, die Beziehungen zwischen allen Staaten auf der Grundlage der Achtung der Unabhängigkeit und der Souveränität, des Verzichts auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt, der Unverletzlichkeit der Grenzen, der friedlichen Regelung von Streitfällen, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und der anderen grundlegenden Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen zu gestalten.

Die Teilnehmer der Tagung analysierten die heutige Lage und unterstrichen die besondere Bedeutung und Aktualität der Vorschläge und Initiativen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die auf die Verhinderung eines Kernwaffenkrieges, die Fortsetzung und Festigung der Entspannung, die Einstellung des Wettrüstens, besonders auf nuklearem Gebiet, und den Übergang zur Abrüstung, auf die Festigung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa und in der ganzen Welt gerichtet sind. Sie brachten die Entschlossenheit ihrer Staaten zum Ausdruck, alle Anstrengungen zu unternehmen, diese Vorschläge und Initiativen zu verwirklichen.

2.

Einen besonders wichtigen Platz nahmen auf der Tagung die weiteren Anstrengungen ein, die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen zu verhindern und zur völligen Befreiung des europäischen Kontinents sowohl von Kernwaffen mittlerer Reichweite als auch von taktischen Kernwaffen zu gelangen. Dabei gingen die Teilnehmer der Tagung davon aus, daß eine neue Eskalation des nuklearen Wettrüstens in Europa, wenn sie nicht verhindert wird, unweigerlich und jäh die Lage auf dem europäischen Kontinent und in der ganzen Welt verschlechtern und zum Anwachsen der Gefahr eines Kernwaffenkrieges mit katastrophalen Folgen für die Völker führen wird. Angesichts dessen unterstrichen sie die außerordentliche Gefährlichkeit der Absichten, in allernächster Zeit mit der Stationierung neuer amerikanischer Raketenkernwaffensysteme mittlerer Reichweite in einigen westeuropäischen NATO-Ländern zu beginnen. Die praktischen Vorbereitungen dazu werden bereits getroffen. In

diesem Zusammenhang wurde wachsende Besorgnis geäußert, daß Fortschritte in den Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der Kernwaffen in Europa ausbleiben.

Auf der Tagung wurde noch einmal erklärt, daß die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages konsequent dafür eintreten, schnellstmöglich in diesen Verhandlungen, die ihre entscheidende Phase erreicht haben, eine Vereinbarung herbeizuführen. Sie bekräftigen ihre grundsätzliche Position zu dieser Frage, wie sie in der Gemeinsamen Erklärung des Moskauer Treffens vom 28. Juni 1983 enthalten ist. Sie sind der Meinung, daß eine solche Vereinbarung den Verzicht auf die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa und eine entsprechende Reduzierung der vorhandenen Kernwaffen mittlerer Reichweite vorsehen muß, wobei — wie es die Sowjetunion vorgeschlagen hat — die zu reduzierenden Raketen vernichtet werden.

Eine Vereinbarung über die Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa muß auf dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit beruhen und die Stabilität der militärisch-strategischen Lage fördern und das Kräftegleichgewicht wahren. Diesem Gleichgewicht darf nicht eine Aufstockung der nuklearen Rüstungen, sondern muß ihre Reduzierung auf ein immer niedrigeres Niveau zugrunde liegen.

Nach Überzeugung der Tagungsteilnehmer besteht noch immer die Chance, in den Genfer Verhandlungen eine Vereinbarung zu erzielen, die den Interessen der Völker entspricht. Wenn bis Jahresende in den Verhandlungen keine Übereinkunft erreicht wird, ist es notwendig, sie im Interesse einer Vereinbarung fortzusetzen. Das setzt jedoch voraus, daß die USA und ihre NATO-Verbündeten von den Fristen, die sie selbst für die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen gesetzt haben, Abstand nehmen. Unter diesen Bedingungen ist die Sowjetunion bereit, das einseitig erklärte Moratorium für die im europäischen Teil ihres Territoriums stationierten Mittelstreckenraketen weiterhin einzuhalten und die zusammen damit begonnene einseitige Reduzierung solcher Waffen fortzusetzen. Es wurde hervorgehoben, daß die Sowjetunion damit einen wichtigen Beitrag leistet, Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen zu schaffen.

Ausgehend davon, daß es außerordentlich wichtig ist, die Gefahr einer nuklearen Konfrontation auf dem europäischen Kontinent zu beseitigen, wenden sich die Staaten des Warschauer Vertrages an alle NATO-Staaten mit dem eindringlichen Appell, alles zu tun, um die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa auszuschließen und die vorhandenen Kernwaffen mittlerer Reichweite auf dem Kontinent zu reduzieren. Sie appellieren zugleich an alle anderen europäischen Staaten, mit allen Kräften zur Abwendung dieser Gefahr und zum Erfolg der Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der Kernwaffen in Europa beizutragen. Keine Möglichkeit, eine den Interessen aller Völker entsprechende Vereinbarung zu erzielen, darf versäumt werden.

Die Teilnehmer der Tagung stellten fest, daß breite Volksbewegungen mutig, entschlossen und konsequent gegen die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa, für die Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges

und für die Abrüstung eintreten.

Zugleich machen die Teilnehmer der Tagung darauf aufmerksam, daß jene Staaten, die die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen auf ihrem Territorium zulassen, gegenüber allen Völkern eine schwere Verantwortung für die Folgen auf sich nehmen würden, die sich — da dies eine neue Etappe des nuklearen Rüstungswettlaufs auf dem Kontinent einleiten würde — für den Frieden und die Ruhe in Europa ergeben.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind davon überzeugt, daß auch in den Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen, die von großer Bedeutung für den Frieden und die Sicherheit der Völker sind, bisher jedock ebenfalls nicht vorankommen, Fortschritte erzielt werden können. Bei strikter Einhaltung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit können in diesen Verhandlungen gegenseitig annehmbare Lösungen gefunden werden.

Die Minister bekräftigten erneut, daß ihre Staaten niemals militärische Überlegenheit anstreben und dies auch heute nicht tun. Sie erinnerten an die Erklärung der Teilnehmerstaaten des Moskauer Treffens vom 28. Juni 1983, unter keinen Umständen militärische Überlegenheit über sich zuzulassen. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten der NATO begingen einen ernststen Fehler, würden sie die Bedeutung dieser Erklärung der sozialistischen Länder unterschätzen und es ablehnen, positiv auf ihren Appell zu antworten, beizutragen zur Festigung des Friedens und der Sicherheit auf der Grundlage des Gleichgewichts der Kräfte auf einem immer niedrigeren Niveau der Rüstungen.

3.

Auf der Tagung wurde unterstrichen, daß die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in der Prager Politischen Deklaration und danach in anderen gemeinsamen und individuellen Erklärungen eine Alternative zur nuklearen Katastrophe, ein umfassendes Programm zur Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges, zur Einstellung des Wettrüstens, zur Abrüstung und Entspannung — darunter auch Vorschläge zur Aufnahme von direkten Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten der NATO über eine Reihe wichtiger Fragen des Friedens und der Sicherheit in Europa — unterbreitet haben. Die Vorschläge der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages haben eine breite positive Resonanz in politischen Kreisen und in der Öffentlichkeit vieler Länder, vor allem in Europa, gefunden.

Die Minister analysierten die Haltung der Regierungen der NATO-Länder zu den von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterbreiteten Vorschlägen. Sie stellten dabei fest, daß diese Regierungen bisher keine Antwort auf den Vorschlag — obwohl mit einem konkreten unmittelbar bevorstehenden Termin verbunden — beginnend mit dem 1. Januar 1984 die Militärausgaben nicht zu erhöhen und danach zu ihrer beiderseitigen Reduzierung überzugehen, gegeben haben. Dazu ist die Aufnahme direkter Verhandlungen dringend notwendig.

Sie unterstrichen des weiteren, daß es wichtig ist, ohne Verzug auf solche dringlichen Vorschläge der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages positiv zu reagieren, wie:

- die Übernahme der Verpflichtung seitens aller Kernwaffenmächte, die das bisher nicht getan haben, nicht als erste Kernwaffen anzuwenden;
- das gleichzeitige quantitative und qualitative Einfrieren der nuklearen Rüstungen aller Kernwaffenmächte, vor allem der UdSSR und der USA;
- das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffenversuche; — das Verbot der Militarisierung des Weltraumes und der Anwendung von Gewalt im Weltraum sowie vom Weltraum aus gegen die Erde;
- die Räumung Europas von chemischen Waffen als ein Schritt zu ihrem vollständigen Verbot und ihrer Vernichtung im Weltmaßstab;
- die Wege zur Herbeiführung einer Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten äußerten ihre Besorgnis darüber, daß bisher keine positive Reaktion auf diese Vorschläge erfolgte. Sie erinnern daran, daß sie weiterhin eine konstruktive Antwort auf diese Initiativen erwarten.

Das gilt auch voll und ganz für den Vorschlag, zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den Mitgliedsstaaten des Nord atlantikvertrages einen Vertrag über den gegenseitigen Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen, der allen Staaten der Welt offensteht. Ausgehend von den Reaktionen auf diesen Vorschlag bekräftigen die an der Tagung teilnehmenden Staaten die Bereitschaft, den Meinungs austausch mit den Mitgliedsstaaten der NATO und allen anderen Staaten über verschiedene Aspekte dieses Vorschlages zu intensivieren und mit einer gemeinsamen sachbezogenen Erörterung zu beginnen. Sie bringen ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß es in der jetzigen komplizierten internationalen Situation besonders wichtig wäre, den Vertragsabschluß voranzubringen.

Auf der Tagung wurde auch die Bedeutung der Bildung kernwaffenfreier Zonen im Norden Europas, auf dem Balkan und in anderen Gebieten des europäischen Kontinents bekräftigt.

Nach wie vor stehen die auf der Tagung vertretenen Staaten einem Dialog und Kontakteng zu jedem der von ihnen unterbreiteten Vorschläge aufgeschlossen gegenüber. Sie sind stets bereit, Vorschläge anderer Staaten zur Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges, zur Zügelung und Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung zu prüfen.

4.

Auf der Tagung wurde die Überzeugung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstrichen, daß selbst in einer komplizierten, zugespitzten internationalen Situation für alle Probleme in den Beziehungen zwischen den Staaten auf dem Verhandlungswege eine Lösung gefunden werden kann, wenn dazu politischer Wille, ausgewogenes und konstruktives Herangehen sowie Sinn für Zusammenarbeit vorhanden sind und die Belange der Völker, die Interessen des Friedens und der Sicherheit berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang bringen die auf der Tagung vertretenen Staaten ihre Genugtuung über den erfolgreichen Abschluß des Madrider Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zum Ausdruck. Dieser Erfolg — im Ergebnis komplizierter und langwieriger Verhandlungen erzielt — zeugt von der Lebenskraft des in Helsinki eingeleiteten gesamteuropäischen Prozesses und gewährleistet seine Fortsetzung auf der festen Grundlage der Schlußakte von Helsinki. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die ihren Beitrag zum Erfolg des Madrider Treffens geleistet haben, sind überzeugte Anhänger der Fortführung und Entwicklung dieses Prozesses.

Auf der Tagung wurde die Entschlossenheit aller teilnehmenden Staaten unterstrichen, im Interesse der Entwicklung der Entspannung und Zusammenarbeit die auf dem Madrider Treffen erzielten, im Abschließenden Dokument enthaltenen Vereinbarungen zu verwirklichen. Dabei versteht sich: die Realisierung dieser Vereinbarungen erfordert die Anstrengungen aller Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in strikter Übereinstimmung mit den Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte als Ganzes.

Besondere Bedeutung messen die auf der Tagung vertretenen Staaten der Vereinbarung über die Einberufung einer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und über Abrüstung in Europa bei, die am 17. Januar 1984 in Stockholm beginnen wird. Diese Konferenz ist berufen, bei der Minderung der Spannungen auf dem europäischen Kontinent, der Verringerung der Gefahr einer militärischen Konfrontation und der Herbeiführung von Abrüstungsschritten in Europa eine wichtige Rolle zu spielen. Notwendig ist, daß alle Teilnehmer der Konferenz maximale Anstrengungen für ihren Erfolg unternehmen.

5.

Die Teilnehmer der Tagung sind der Meinung, daß auch die Diskussion zu Grundfragen der internationalen Lage, die jetzt auf der 38. Tagung der UN-Vollversammlung geführt wird, dafür spricht, daß es möglich ist, die gegenwärtige gefährliche Etappe in der internationalen Entwicklung zu überwinden. Diese Diskussion widerspiegelt die große Besorgnis der Völker über die wachsenden internationalen Spannungen.

In Reden vor der UN-Vollversammlung kommen Forderungen an alle Staaten zum Ausdruck, aktiv und mit allem Verantwortungsbewußtsein zu schnellstmöglichen Fortschritten bei der Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges, der Einstellung des Wettrüstens, besonders auf nuklearem Gebiet, und beim Übergang zur Abrüstung, bei der Beilegung zwischenstaatlicher Konflikte durch Verhandlungen, der vollständigen Beseitigung des Kolonialismus, des Neokolonialismus und des Rassismus, bei der Entwicklung gleichberechtigter Wirtschaftsbeziehungen und der Schaffung einer gerechten internationalen Wirtschaftsordnung beizutragen.

Eben hiervon zeugen zahlreiche Reden auf der Tagung der UN-Vollversammlung, in denen konkrete Maßnahmen zur Verhinderung eines Kernwaffenkrieges, zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens, zur Reduzierung und Beseitigung der Kernwaffen gefordert werden. Diesen Erwartungen würde es entsprechen, einen Kernwaffenkrieg als das ungeheuerlichste Verbrechen gegen die Menschheit, als die brutalste Verletzung des elementarsten Menschenrechts, des Rechts auf Leben, entschieden und vorbehaltlos für immer zu verurteilen.

Der Verminderung der Gefahr eines nuklearen Krieges, der, wie allgemein anerkannt, die Zivilisation und selbst das Leben auf der Erde in Frage stellt, würde ebenfalls das quantitative und qualitative Einfrieren der nuklearen Rüstungen aller Staaten, die über solche Waffen verfügen, dienen. Die Teilnehmer der Tagung würdigten die Bereitschaft der Sowjetunion, die Verpflichtungen zum Einfrieren zuerst für die UdSSR und die USA auf bilateraler Grundlage in Kraft zu setzen und so ein Beispiel für möglichst baldige analoge Schritte der anderen Kernwaffenstaaten zu geben.

Von der festen Entschlossenheit der Völker, alle Erscheinungsformen der Politik der Anwendung und Androhung von Gewalt konsequent zu beseitigen, zeugen die Reden von Vertretern vieler Staaten in der UN-Vollversammlung, die die Liquidierung der bestehenden, und die Verhinderung des Entstehens neuer Kriegsherde sowie die Einstellung der imperialistischen Politik der unerklärten Kriege fordern. In diesem Zusammenhang bekräftigten die auf der Tagung vertretenen Staaten ihre Solidarität mit den Völkern, die um Freiheit, Unabhängigkeit und das Recht kämpfen, ihre Entwicklungswege selbständig in Frieden und ohne Einmischung von außen zu bestimmen, sei es in Asien, Afrika oder Lateinamerika.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten unterstützen auch die vor der UN-Vollversammlung erhobenen Forderungen, nach schnellstmöglicher Aufnahme globaler Verhandlungen über die wichtigsten ökonomischen Probleme in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der UNO, nach Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern, nach Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens in den zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen im Interesse der Entwicklung und des Fortschritts aller Völker. Sie sind davon überzeugt, daß die Einstellung des Wettrüstens und der Übergang zur Abrüstung die Lösung vieler ökonomischer Probleme begünstigen würden, mit denen die Länder der Welt, einschließlich der Entwicklungsländer,

konfrontiert sind.

* * *

Die Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten verlief in einer Atmosphäre gegenseitigen Einvernehmens und kameradschaftlicher Zusammenarbeit.

Die nächste ordentliche Tagung des Komitees, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages findet im April 1984 in Budapest statt.

[Source: Official publication of the German Democratic Republic]